

Rede von Oberbürgermeister Ulrich Scholten
anlässlich der Einbringung des städtischen Haushaltes für das Jahr 2019
am Donnerstag, 30.08.18

Liebe Kolleginnen und Kollegen
im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr,

seit vielen Jahren wissen wir, dass die Städte in Deutschland finanziell in einer strukturellen Krise stecken. Immer mehr Aufgaben werden von Bund und Land auf uns geladen, ohne die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen.

Die Lebensverhältnisse in den deutschen Städten driften auseinander. Und das trifft nicht nur das strukturschwache Ruhrgebiet im Wandel, sondern zahlreiche Städte in ganz Deutschland.

Vor rund zehn Jahren ist es unter Federführung von Mülheim erstmals gelungen, die Interessen der Städte in finanzieller Not zu bündeln und gemeinsam in Bund und Land für unsere berechtigten Interessen aufzutreten.

Aktuell sind es 70 Kommunen, die im Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ vertreten sind und Bundes- und Landespolitiker von der Notwendigkeit einer besseren Finanzierung der Städte überzeugen wollen.

Warum ich damit meine Haushaltsrede beginne?

Wir in Mülheim sind mit unserer Finanznot nicht allein!

Und wir haben mit dem Bündnis einiges erreicht, was uns vorsichtig optimistisch stimmen sollte: Die von unserem Bündnis in Berlin eingeforderte und zugesagte Kommission zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse wird nach der Sommerpause ihre Arbeit aufnehmen.

Sie wird ihre Arbeitsschwerpunkte und ihren Zeitplan, bis Ergebnisse vorliegen werden, bis Anfang 2020 vorstellen. Darauf sind wir sehr gespannt.

Oberbürgermeister Dr. Bernhard Matheis aus Pirmasens, Stadtdirektor Dr. Johannes Slawig aus Wuppertal, Finanzbeigeordneter Dieter Feid aus Ludwigshafen und ich sind von unserem Bündnis benannt worden, um Abgeordnete, Minister und Staatssekretäre in diesem Prozess ganz konkret zu beraten.

Das wichtigste Thema aus meiner Sicht ist und bleibt die Lösung der Altschulden, die alle finanzschwachen Kommunen drücken. Sie sind überwiegend nicht selbstverschuldet, also nicht die Folgen falscher kommunalpolitischer Entscheidungen.

Zum überwiegenden Teil sind sie die Folge von nicht gegenfinanzierten Gesetzen, die Bund und Länder zu Lasten der Kommunen beim Aufbau unseres Sozialstaates erlassen haben.

Die haben die Kommunen leider hinnehmen müssen, zumal es ein Jahrzehnte andauerndes politisches Schwarze-Peter-Spiel gab:

Riefen wir Kommunalen nach Bundeshilfe, so wurden wir an die allein für die Finanzen der Kommunen gesetzlich zuständigen Länder verwiesen. Wandten sich die Städte und Gemeinden an die Länder, hieß es, der Bund müsse sich beteiligen. Tue er es nicht, hätten sie - also die Länder - selbst kein Geld.

Unser Bündnis hat diesen Teufelskreis durchbrochen. Bund und Land haben die Notwendigkeit zur Wiederherstellung kommunaler Gestaltungsfähigkeit für alle finanzschwachen Kommunen endlich anerkannt und wollen handeln.

Politik bewährt sich vor Ort. Andernfalls ist unser gesamter Staat in Gefahr. Die finanzschwachen Kommunen, natürlich auch wir in Mülheim, werden noch viele Jahre eisern sparen müssen. Doch bald können wir den Bürgerinnen und Bürgern hoffentlich ein Licht am Ende des Spartunnels, eben aus der Vergeblichkeitsfalle, aufzeigen.

Und damit komme ich zu unserem Haushalt, den der Kämmerer heute einbringt.

Wir befinden uns in einer Abwärtsspirale. Und wenn wir in den vergangenen Jahren auch immer wieder geglaubt haben, das Ende des Gestaltungsspielraums erreicht zu haben, so ging es doch irgendwie weiter.

In diesem Jahr ist dies anders: Dramatisch wegbrechende Gewerbesteuern und ein drohender neuer Verteilungsschlüssel mit der damit einhergehenden Minderung des Sozillastenansatzes innerhalb des Gemeindefinanzierungsgesetzes sind nur zwei Faktoren, die unsere Haushaltsberatungen schwer belasten.

Trotz der zugesagten und bereits auch teilweise zugewiesenen Hilfen von Land und Bund (z. B. Gute Schule 2020) haben diese keine große Entlastungswirkung für den Haushalt. Denn wie sie alle wissen hat der Bauboom im Zusammenhang mit dem Sanierungsstau bei städtischen Gebäuden dafür gesorgt, dass diese Zuschüsse wenn überhaupt gerade mal die gestiegenen Baukosten auffangen konnten, da alle Gemeinden in der gleichen Situation sind und jetzt Bauaufträge vergeben.

Es gibt keinen anderen Weg, als dem Haushalt des Kämmerers zu folgen, wenn wir unseren noch so kleinen Gestaltungsspielraum nicht ganz aufgeben und uns in die Hände eines Haushaltsbeauftragten des Landes begeben wollen.

Dadurch, dass wir uns dem Stärkungspakt unterworfen haben – und, meine Damen und Herren, wir waren uns mehrheitlich einig, dass dies für unsere Stadt der einzig gangbare Weg in die Zukunft ist - gelten natürlich auch die verabredeten Spielregeln.

Ich appelliere deshalb an Sie: Übernehmen Sie weiterhin Verantwortung für unsere Stadt und fassen Sie die notwendigen Beschlüsse, um den gleich vorgelegten genehmigungsfähigen Haushalt mit den dazugehörigen HSP-Maßnahmen umsetzen zu können.